

Politische Bildung - woher, wohin?

Interview mit Wolfgang Beer anlässlich seiner Verabschiedung als Geschäftsführer der Evangelischen Akademien in Deutschland e. V.

Diskurse: Wolfgang, Du hast in den späten 1970er Jahren promoviert, einer Hochzeit der politischen (Erwachsenen-)Bildung in Deutschland. Seither bist Du ein wichtiger Akteur auf diesem Feld. Seit 1991 hast Du bei den Evangelischen Akademien in Deutschland als Geschäftsführer den Bereich „Politische Bildung“ geleitet. Wie hat sich die politische Bildung seither entwickelt? Welche Themen sind in den Vordergrund gerückt?

Wolfgang Beer: Strukturell hat sich die politische Bildung relativ wenig, um nicht zu sagen zu wenig weiterentwickelt: Grundlegend sind nach wie vor dieselben Bezugswissenschaften – Politische Wissenschaft, Geschichte und Sozialwissenschaften. Es fällt auf, dass die Ökonomie weiterhin relativ unterrepräsentiert ist. Bedauerlicherweise sind die Kultur- und Medienwissenschaften zwar durchaus in die politische Bildung eingewandert, aber deutlich weniger als ihre gesellschaftliche Bedeutung zugenommen hat. Ausgesprochen ärgerlich ist, dass die Natur- und Technikwissenschaften – mit Ausnahme der kirchlichen, vor allem der Evangelischen Akademien – in den Einrichtungen politischer Bildung so gut wie keine Rolle spielen, obwohl sie in den letzten 20 Jahren eine enorme gesellschaftliche Prägekraft und damit politische Relevanz entwickelt haben. Die politische Bildung verharrt ausgesprochen hartnäckig in ihren thematischen Kernbereichen – und zwar deutlich stärker, als es förderpolitisch notwendig wäre. Die Bundeszentrale für politische Bildung (bpb), die in der Bundesrepublik ja der zentrale Träger für politische Erwachsenenbildung und außerschulische Jugendbildung ist, ist inhaltlich deutlich offener und experimentierfreudiger als ihre Partner.

Anders sieht es im methodischen Bereich aus. Hier behindert in der politischen Erwachsenenbildung im Gegensatz zur Jugendbildung eine oft restriktive Förderpraxis die durchaus vorhandene Kreativität in der Trägerszene. Es ist schade, dass die bpb, die in ihren eigenen Angeboten nicht selten eine erfreuliche Kreativität entwickelt, solcherlei bei den Trägern nicht fördern würde bzw. dürfte.

Das Themenspektrum der politischen Bildung hat sich in den mit dem Verweis auf die Bezugswissenschaften angedeuteten Grenzen natürlich stark verändert – entsprechend den in den einzelnen Politikfeldern stattfindenden Entwicklungen und Konflikten. Dies gilt selbstredend auch für die Evangelischen Akademien. Eine solche Aktualität entspricht auch dem Auftrag politischer Bildung. Natürlich dominieren deshalb Themenfelder wie internationaler Terrorismus, Flüchtlingspolitik und Rechtsextremismus die aktuellen Angebote. Was mir fehlt, ist der Mut – oder der Wille – zur Interdisziplinarität in der Arbeit

etwa in die Bereiche Kultur, (politische) Psychologie oder die schon genannten Natur- und Technikwissenschaften inklusive der Medizin.

Politisch höchst problematisch finde ich den Hang der Politik, politische Bildung oft in eine Art Feuerwehrrolle zu drängen. Wenn aktuelle Probleme oder Akzeptanzkrisen auftreten, soll politische Bildung zum Werkzeug werden, mit dem sich reparieren lässt, was Politik nicht zu reparieren vermag. Diese Tendenz hat auch auf manchmal fatale Weise Eingang gefunden in die Förderpolitik. Damit meine ich nicht die Sondermittel der bpb, diese sind aus Aktualitätsgründen sinnvoll. Ich meine z. B. die Auflage wechselnder Sonderprogramme, die – wie gegenwärtig wieder bei dem Bundesprogramm des BMFSFJ „Demokratie leben!“ zu beobachten – neue Strukturen schaffen und die Kontinuität der Arbeit in den bestehenden Strukturen gefährden. Darüber hinaus bleibt unklar, wie die über solche Bundesprogramme geförderten Träger ihre neu aufgebauten Strukturen nach der Projektlaufzeit aufrechterhalten werden können. Wenn neue Zielgruppen, Formate oder Themen politisch gesetzt werden sollen, dann könnte dies wirksamer und nachhaltiger geschehen durch die Förderung und Integration auch von neuen Trägern mit veränderten Zielgruppen und Formaten in die bestehende Trägerlandschaft. Der Nachteil einer solchen Idee: Die Schaufensterwirkung, die unsere Mediendemokratie zu erheblichen Teilen steuert, wäre deutlich geringer.

Diskurse: Wie hat sich die Trägerlandschaft für die politische Bildung in Deutschland verändert? Und welche Rolle spielten und spielen dabei die Evangelischen Akademien?

Wolfgang Beer: Die Trägerlandschaft der von der bpb geförderten Partner ist in der ganzen Zeit erstaunlich stabil geblieben. Es sind eher vereinzelt neue Träger vor allem aus den ostdeutschen Bundesländern und aus dem Migrationsbereich hinzugekommen. Eine Analyse der Vielfalt der Anbieter außerhalb der etablierten Träger – z. B. aus dem zivilgesellschaftlichen Initiativbereich oder den sozialen Medien – wäre spannend, würde aber den Rahmen dieses Gespräches sprengen.

Die Evangelischen Akademien sind einer der großen Trägerverbände, die das Bild der Profession und ihrer Politik stark prägen. Sie haben aus zwei Gründen ein sich von anderen Trägern unterscheidendes spezifisches Profil. Das vorherrschende Format der Diskurstagungen ist ausgerichtet auf den Austrag politischer Kontroversen und den gleichberechtigten Dialog zwischen unterschiedlichen Positionen und Interessen. Die Tagungen zielen darauf ab, möglichst das gesamte Zielgruppenspektrum, das mit einem spezifischen Thema befasst oder von ihm betroffen ist, abzubilden und miteinander ins Gespräch zu bringen. Es geht dabei nicht in erster Linie um die reine Information über die thematisch-politischen Zusammenhänge – die natürlich Ausgang der Arbeit sind. Es geht vielmehr darum, die Vertreter der unterschiedlichen Interessen und Betroffenheiten miteinander ins Gespräch zu bringen. In diesem Sinne ist die Diskurstagung sicher ein spezifisches Profil Evangelischer Akademiearbeit.

Ein zweites fast schon Alleinstellungsmerkmal ist die thematische Ausrichtung Evangelischer Akademiearbeit. Neben den „klassischen“ Themen wie z. B. Rechtsextremismus, Europa,

Migration und gesellschaftliche Vielfalt oder innen- und außenpolitische Grundfragen haben die Evangelischen Akademien immer einen Schwerpunkt auf die ethische Reflexion darüber hinausgehender gesellschaftlicher Entwicklungen gesetzt. Dies war etwa zu einem sehr frühen Zeitpunkt in den siebziger und achtziger Jahren die politische Dimension der Nachhaltigkeit. Und es war und ist die gesellschaftliche Prägekraft von Naturwissenschaft und Technik – auch über die Informationstechnologie hinaus. Fragen der Umweltethik, Bio- und Medizinethik und damit auch der Technikfolgenabschätzung werden nach meiner Beobachtung von keinem anderen Trägerkontext in derselben Intensität aufgegriffen und in wegweisende bundesweite Projekte umgesetzt.

Eine Grundlage dieser erfolgreichen Arbeit ist, dass an den Akademien die über das eingangs geschilderte begrenzte Spektrum der Bezugswissenschaften hinausgehende naturwissenschaftliche und ethische Kompetenz vorhanden ist. Es ist dringend zu wünschen, dass die Evangelischen Akademien dieses Arbeitsfeld weiter ausbauen, da sie hier einen gesellschaftlichen Beitrag leisten, der sonst nur selten außerhalb der jeweiligen Fachöffentlichkeit realisiert wird.

Der auf Interdisziplinarität gegründete ethische Diskurs über naturwissenschaftlich-technische Entwicklungen, ihre Potenziale, Risiken und Folgen für die Gesellschaft und den Einzelnen ist innerhalb der politischen Bildung ein Alleinstellungsmerkmal. Die damit immer verbundene Frage „Wie wollen wir leben?“ formuliert eine Grundfrage und einen Auftrag evangelischer Akademiearbeit. Sie verweist auch auf ein weiteres thematisches Spezifikum: die Bedeutung von Religion für das Zusammenleben in der Gesellschaft und die ethische Ausrichtung von Politik in nahezu allen Feldern. Auch dies ist ein eminent wichtiger Beitrag zur politischen Bildung und weitergehend zur Gestaltung von Gesellschaft und Politik, der ein Proprium kirchlicher (Bildungs-)Arbeit darstellt.

Diskurse: Hilft, bezogen auf die Ausrichtung von politischer Bildung, heute eigentlich noch der 1976 gefundene Beutelsbacher Konsens, der Kontroversität fordert und Überwältigung strikt ablehnt, oder braucht es neue Vereinbarungen zwischen unterschiedlichen Ansätzen, aber auch zwischen Geldgebern und Trägern?

Wolfgang Beer: Der Beutelsbacher Konsens war Mitte der siebziger Jahre eine minimale Verständigungslinie in der *schulischen* politischen Bildung zwischen den sozialdemokratischen und konservativen Positionen. Dass seine Prinzipien Kontroversität, Überwältigungsverbot und Schülerorientierung eins zu eins auf die außerschulische Bildung übertragen worden sind, hat dieser – um es vorsichtig auszudrücken – nie gut getan. Sie mögen für die Schule und deren Pflichtveranstaltung Unterricht, der sich niemand entziehen kann, eine Berechtigung haben. Für die auf Freiwilligkeit, oft auf konkreter Betroffenheit und nicht selten auf unmittelbaren Erkenntnis- und Handlungszielen beruhende außerschulische Bildung hat sich der Beutelsbacher Konsens – zumal in seiner oft rigiden Umsetzung in Förderrichtlinien und -praxis – höchst negativ ausgewirkt. Politische Bildung soll zwar in Übersetzung des Prinzips Schülerorientierung handlungsbezogen sein, darf aber nicht in Handlung ausarten, da dann sofort ein abstrakter Verstoß gegen das Überwältigungsverbot

unterstellt wird und eine jedem Anliegen innewohnende Kontroversität gefährdet oder verhindert erscheint.

Die politische Bildung in ihrer Gesamtheit hat im Blick auf die Bürgerinitiativbewegung seit den siebziger Jahren und den vielfältigen Aktivitäten der politisch engagierten Zivilgesellschaft enorme Gestaltungs- und Entwicklungsräume nicht nutzen dürfen. Die Bürgerbewegungen der letzten Jahrzehnte fanden so weitgehend ohne die verfasste außerschulische politische Bildung statt, deren Lebenselixier sie ja eigentlich hätten sein können und sollen. Ich will es so sagen: Das Engagement in Initiativgruppen führt zu intensiven politischen Erfahrungen und Lernprozessen bei den Beteiligten. Das Engagement gegen eine Industrieansiedlung, für eine fahrradfreundliche Stadt oder gegen Genmais eröffnet Einblicke in politische Entscheidungs- und Interessensstrukturen und führt zum Erwerb umfangreichen politischen Handlungswissens. Solches Aktionslernen zu begleiten und zu reflektieren ist eine originäre Aufgabe politischer Bildung. Sie stellt eine Verknüpfung von Bildung und Aktion dar, die unter Lern- und Handlungsgesichtspunkten sinnvoll ist, aber gegen die vom Beutelsbacher Konsens geforderte Trennung von Bildung und Aktion verstößt.

Vor diesem Hintergrund ist es überfällig, den Beutelsbacher Konsens für die außerschulische politische Bildung schnellstmöglich und endgültig zu den Akten zu legen. Die Profession gewönne enorme konzeptionelle und praktische Freiräume. Für die Förderpraxis wäre es notwendig, offenere Vereinbarungen zu treffen, die die Angebote politischer Bildung von politischer Schulung, Indoktrination und Propaganda sowie einer einseitigen Vereinnahmung durch Verbands-, Organisations- und Parteiinteressen abgrenzen. Ausgangspunkt könnte ein Grundvertrauen gegenüber den anerkannten Trägern der bpb sein, wie es den politischen Stiftungen von der Politik seit eh und je zugestanden wird. Ein solcher Prozess erfordert politischen Mut und Kreativität von allen Beteiligten. Der Lohn der Mühen könnte aber eine deutlich wirkmächtigere, von ihren Zielgruppen stärker akzeptierte und im Wortsinne höchst kontroverse, die gesellschaftliche Vielfalt widerspiegelnde Profession politischer Bildung sein.

Diskurse: Derzeit beschleicht einen angesichts eines starken Rechtspopulismus, der weite Teile der sogenannten bürgerlichen Mitte erreicht oder sogar aus ihr heraus getragen wird, doch mitunter die Frage, ob die ganze Idee einer breiten politischen Bildung mit ihrem Anspruch an Emanzipation und kritischem politischen Bewusstsein gescheitert ist. Was kann politische Bildung eigentlich in Zeiten „postfaktischer“ Überzeugungen?

Wolfgang Beer: Was die Wirkungsmöglichkeiten politischer Bildung in Zeiten und Kontexten postfaktischer Überzeugungen angeht, bin ich eher skeptisch. Natürlich kann man wohlfeil sagen, Information, Aufklärung und Aufzeigen von Zusammenhängen ist das Gebot der Stunde; war es aber ja auch bisher schon. Sicher ist es auch richtig zu fordern, dass politische Bildung – anders als es in den letzten Jahrzehnten oft ihrem Selbstverständnis entsprach – auch die positiven Seiten gegenwärtiger Institutionen und Strukturen betont. All dies wird aber, fürchte ich, nur prophylaktisch wirken können bei Menschen, die noch nicht in eine

„postfaktische Bewusstlosigkeit“ gefallen sind. Aber jeder, der sich selbst – vielleicht auch mit Hilfe politischer Bildung – sein politisches Bewusstsein bewahrt, ist ein Erfolg. Verweisen muss ich an dieser Stelle auch noch einmal auf das, was ich oben zu den Folgen gesagt habe, die durch die Förderrestriktionen des Beutelsbacher Konsenses entstehen. Aktionsorientierte aufsuchende politische (Bildungs-)Arbeit, die Ansätze bieten könnte, sind aus der Förderung ausgeschlossen. Die benannte (Selbst-)Begrenzung politischer Bildung verhindert Ansätze, die Spielräume und Einflussmöglichkeiten eröffnen könnten. Inwieweit die Einrichtungen politischer Bildung Formen des politischen Handelns mit dem Ziel von Aufklärung, Widerstand z. B. gegen rechtspopulistische Veranstaltungen oder Solidarisierung z. B. mit Flüchtlingen jenseits ihrer geförderten Arbeit leisten können und wollen, ist eine Frage der jeweiligen Möglichkeiten und des eigenen politischen Engagements.

Diskurse: Heißt das, dass Du den Grund für eine Ermüdung sozialer Bewegungen oder Bürgerinitiativen auch darin siehst, dass Politisches Lernen institutionell abgesichert und gesteuert wird und deswegen quasi nicht mehr auf der Straße, im Wald oder auf einer Startbahn passiert? Wobei ja jetzt sogar von der "Rückkehr des Politischen" gesprochen wird. Wie aber kann politische Bildung dennoch zu einer differenzierten und begründeten Meinungs- und Willensbildung beitragen?

Wolfgang Beer: Zum einen sehe ich insgesamt keine Ermüdung sozialer Bewegungen. Allerdings haben sich Themen und Kontexte verlagert – tendenziell von lokalen und regionalen Anlässen hin zu nationalen oder globalen Fragestellungen. Der Widerstand gegen TTIP und CETA ist ein eindrucksvolles Beispiel. Zum anderen hat die institutionelle politische Bildung auf die Entwicklung sozialer Bewegungen leider auch in der Vergangenheit kaum Einfluss gehabt, weder positiv noch negativ. Ihr Beitrag zur politischen Willensbildung liegt auf einer anderen Ebene. Sie kann mit ihren Formaten Informationen anbieten, Diskurse organisieren und Reflexions- und Dialogräume schaffen, die dann jenseits konkreter politischer Aktion durchaus Einfluss auf die politische Meinungs- und Willensbildung ihrer Teilnehmenden haben. Die Tagungsarbeit der Evangelischen Akademien, die ja nicht nur informiert, sondern die Vertreterinnen und Vertreter unterschiedlicher Positionen, Interessen und Handlungskontexte zu einem bestimmten Thema, z. B. der Biotechnologie ins Gespräch bringt, ist hier ein bemerkenswerter Beleg. Indem sie z. B. Dialoge auf Augenhöhe zwischen Wissenschaftlern, Mitgliedern von Aktionsgruppen, Betroffenen, Entscheidungsträgern in Politik und Verwaltung, involvierten Unternehmen und nicht selten auch Medienvertretern etwa zur gentechnischen Forschung und Anwendung organisiert, ist sie durchaus politisch wirksam. Sie ist damit, um eine alte Diskussion aus der Akademiearbeit aufzugreifen, sicher nicht nur Forum, sondern zugleich auch Faktor, indem sie Konfliktbeteiligte jenseits öffentlicher Konfrontation ins Gespräch bringt und so auch politische Wirksamkeit erzeugen kann.

Diskurse: Vielen Dank!